



Dr. Thomas Ulmer MdEP

**Nicht die Bürger müssen sich auf die Suche nach EU-Informationen begeben,
sondern die Informationen müssen sich auf die Suche nach den Bürgern begeben!**

EuKommunal News (EuKN)

Nachrichten für Kommunen aus und für Europa

April 2010 / II

1. Parlament wird gestärkt

Das Parlament soll künftig eine Gesetzgebung in Gang setzen können. Das ist der politische Kern einer interinstitutionellen Vereinbarung zwischen Parlament und Kommission, die als Entwurf jetzt vom Parlament verabschiedet worden ist. Zwar liegt das Recht zum Gesetzesvorschlag nach wie vor allein bei der Kommission, d. h., das Parlament kann rein rechtlich gesehen nicht von sich aus gesetzgeberisch initiativ werden. Nach der Vereinbarung, die voraussichtlich im Mai vom Parlament abschließend verabschiedet wird, muss aber künftig die Kommission innerhalb von drei Monaten zu einer Gesetzesinitiative des Parlaments Stellung nehmen und in Jahresfrist einen entsprechenden Gesetzesvorschlag unterbreiten. Im Falle einer Ablehnung muss die Kommission das politisch vor dem Parlament begründen. Des Weiteren muss die Kommission die Abgeordneten konsultieren, bevor, zur Vermeidung einer europäischen Gesetzgebung, eine freiwillige Vereinbarung zwischen EU und der Industrie abgeschlossen wird, in der ein bestimmtes Verhalten zugesagt wird (soft law). Der Parlamentspräsident soll zudem das Recht erhalten, an Sitzungen der Kommission teilzunehmen, wenn wichtige Gesetzesvorhaben behandelt werden. Auch kann das Parlament den Kommissionspräsidenten auffordern, einem Kommissionsmitglied das Vertrauen zu entziehen. Eine Ablehnung muss vor dem Plenum begründet werden.

Die vom Parlament am 12. 02. 2010 verabschiedete Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0009+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Zufriedene Europäer?

Im Großen und Ganzen sind die Europäer mit ihrem Leben zufrieden. Die neueste Eurobarometerumfrage zum gesellschaftlichen Klima in der EU stellt jedoch große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsländern fest: So sind die

Menschen in den drei nordischen Ländern zusammen mit den Niederlanden und Luxemburg im Allgemeinen mit ihrer persönlichen Situation am zufriedensten. Spitzenreiter sind die Dänen (98 %), Finnen (96 %) Schweden und Niederländer (95 %); auch England (92 %), Deutschland (87 %), Österreich (86 %) und Frankreich (85 %) liegen deutlich über dem EU-Durchschnitt von 80 %. Am unzufriedensten sind die Bulgaren (nur 38 % zufrieden), gefolgt von Ungarn, Griechen und Rumänen. Im Durchschnitt sind die Europäer mit ihrem Leben im Allgemeinen zufrieden: Auf einer Zufriedenheitsskala von minus 10 bis plus 10 waren wieder die Dänen mit plus 8 Spitzenreiter, gefolgt von Schweden (plus 6,5) und den Niederlanden (plus 6,4); im oberen Mittelfeld und über dem EU-Durchschnitt von 3,2 liegen England (plus 5,3) mit deutlichem Abstand gefolgt von Deutschland (3,9), Österreich (3,6) und Frankreich mit 3,4.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 02. 02. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/114&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die Eurobarometerumfrage zum gesellschaftlichen Klima in der EU (Englisch, 253 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_315_en.pdf

3. Innovationen

Deutschland liegt bei den Innovationen ganz vorn, gemeinsam mit England Dänemark, Finnland und Schweden. In diesen Ländern steigt die Leistung, jedoch in Deutschland und Finnland am schnellsten, während Dänemark und England stagnieren. Zur zweiten Gruppe, den Verfolgern, gehören u. a. Österreich, Belgien, Frankreich, Irland, Luxemburg und die Niederlande. Diese Bewertung enthält der am 17. 03. 2010 veröffentlichte Europäische Innovationsanzeiger (EIS) 2009.

Eine Zusammenfassung der Innovationsleistung der einzelnen Mitgliedstaaten in der Pressemitteilung vom 17. 03. 2010 (Englisch) unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/82&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Weiteres (Englisch) unter

<http://www.proinno-europe.eu/metrics>

4. Urlaubsziele 2010

Die Kommission hat das dritte Mal in Folge die Urlaubsplanungen der Europäer ermittelt. Danach planen im Jahr 2010 50 % der EU-Bürger, ihren Urlaub im eigenen Land oder in einem anderen EU-Land zu verbringen. 46 % der EU-Bürger – und damit 5 % mehr als 2009 - haben den Eindruck, genügend Geldmittel für den Urlaub zur Verfügung zu haben. Am beliebtesten ist das Reisen bei den Bürgern von Norwegen (84 %), gefolgt von Finnland (83 %), den Niederlanden (79 %) und Irland (78 %). Als Reiseziel – ohne Feiertagsreisen - steht Spanien (8,3 %) an erster Stelle der beliebtesten Reiseziele, gefolgt von Italien (6,1 %) und Frankreich (5,8 %); auf Rang 8 folgt Österreich (2,0 %) und auf Rang 11 Deutschland (1,5 %). Die Erhebung wurde im Februar 2010 in den 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Kommission beabsichtigt, die kurz- und mittelfristigen Trends im Urlaubsverhalten im Jahresrhythmus zu ermitteln und damit die Möglichkeit einer Reaktion auf die

aktuellen Trends bei der touristischen Nachfrage zu ermöglichen. Es ist bedauerlich, dass die Erhebung nur in Englisch zur Verfügung steht.

Presseinformation der Kommission vom 09. März 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/251&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Eurobarometererhebung (Englisch 98 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=5668&userservice_id=1&request.id=0

Zu den Übernachtungszahlen 2009 siehe unter EuKN 03/2010 Nr. 12.

5. Sozialer Wohnungsbau

Künftig kann auch in Deutschland der soziale Wohnungsbau mit EU-Mitteln gefördert werden. Bislang waren EFRE-Mittel für soziale Wohnungsbauvorhaben und Renovierungen den neuen Mitgliedstaaten vorbehalten. Nachdem das Parlament der Änderung der Vergaberegeln des EU-Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) am 10.02. 2010 zugestimmt hat, können nun in allen Mitgliedstaaten für arme Bevölkerungsgruppen EFRE-Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden. Ausdrücklich genannt werden dabei „die Renovierung und Umnutzung von bestehenden Gebäuden im Eigentum staatlicher Stellen oder gemeinnützigen Unternehmungen zur Nutzung als Wohnraum für Haushalte mit niedrigem Einkommen oder für Menschen mit besonderen Bedürfnissen“. Im März 2009 hatte das Parlament die EFRE-Mittel bereits zur Förderung von Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in Gebäuden freigegeben.

Die Entschließung des Parlaments vom 10.02.2010 „EFRE: Wohnungsbauvorhaben für marginalisierte Bevölkerungsgruppen“ unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0012+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

6. Ländlicher Raum

Die EU wird zusätzlich 5 Mrd. € für den ländlichen Raum bereitstellen, davon 942 Mio. für Deutschland und 97 Mio. für Österreich. Die durch Umschichtung erwirtschafteten Mittel werden wie folgt verteilt: Biologische Vielfalt 1,5 Mrd. € (davon Deutschland 264 Mio. €, Österreich 21 Mio. €), Wasserbewirtschaftung 1,3 Mrd. € (DE 166 Mio. €; AT -) Umstrukturierung des Milchsektors 0,7 Mrd. € (DE 232 Mio. €, AT 40 Mio. €) Maßnahmen zum Klimaschutz 0,7 Mrd. € (DE 252 Mio. €, AT 21 Mio. €) Förderung erneuerbarer Energien 0,3 Mrd. € (DE 22 Mio. €; AT -) Ausbau der Breitbandnetze 360,4 Mio. € (DE 6 Mio. €, AT 15 Mio. €)

Weitere Informationen in der Pressemitteilung der Kommission vom 29.01. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/102&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

7. Beihilfen

Die Kommission hat den Bericht über staatliche Beihilfen veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Herbstausgabe 2009 des Anzeigers für staatliche Beihilfen steht die Beihilfesituation in den 27 Mitgliedstaaten im Jahr 2008. Das Beihilfevolumen hat

sich in der EU während der Finanzkrise von 2007 auf 2008 fast verfünffacht. Der Bericht gibt einen Überblick über die Höhe der Beihilfen und die Ziele, die die Mitgliedstaaten mit ihren Beihilfen verfolgen. Der Bericht enthält außerdem einen gesonderten Abschnitt über die staatlichen Beihilfen für Finanzinstitute, die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise gewährt wurden.

Der Bericht (17 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/studies_reports/2009_autumn_de.pdf

8. Sichere Netzwerke

Minderjährige Nutzer müssen bei Online-Kontakten noch besser geschützt werden. Das ist das Ergebnis einer EU-Studie, die von der Kommission vorgelegt worden ist. Danach haben viele Anbieter sozialer Netzwerke die Sicherheit für Jugendliche erhöht, seitdem sie vor einem Jahr mit der Kommission ein freiwilliges Abkommen über den Schutz Minderjähriger im Internet geschlossen hatten. Die Kommission begrüßt das Engagement von 20 Unternehmen, die Maßnahmen zum Schutz von Kindern bei der Nutzung der Websites sozialer Netzwerke getroffen haben. Die meisten dieser Unternehmen haben die Online-Risiken für Minderjährige verringert, indem sie die Änderung von Datenschutzeinstellungen, das Blockieren von Nutzern und das Löschen unerwünschter Kommentare und Inhalte erleichtert haben. Nach Auffassung der Kommission muss aber noch mehr getan werden, um Kinder, die im Netz unterwegs sind, zu schützen. Weniger als die Hälfte (40 %) der Anbieter sozialer Netzwerke erstellen bei Nutzern unter 18 Jahren Profile, die standardmäßig nur von deren Freunden eingesehen werden können, und nur ein Drittel der einschlägigen Unternehmen reagiert auf Nutzermeldungen, in denen um Hilfe gebeten wird. 50 % der Kinder und Jugendlichen in Europa stellen persönliche und in der Regel von jedermann einsehbare Informationen bei sozialen Netzwerken online, ohne sich stets der Konsequenzen bewusst zu sein. Nach Ansicht der Kommission muss daher noch mehr zum Schutz Minderjähriger getan werden. Die Kommission fordert u. a., dass Profile von Minderjährigen standardmäßig als „privat“ eingestuft werden müssen und auf Anfragen oder Missbrauchsmeldungen unverzüglich und angemessen reagiert wird.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 09.02.2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/144&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Einzelheiten unter

http://ec.europa.eu/news/science/100209_1_de.htm

<http://www.youtube.com/user/eutube?blend=1&ob=4&rclk=cti#p/a/u/2/EhMV609a2Jo>

9. Kinderkleidung

Jedes zehnte Kinderkleidungsstück verstößt gegen europäische Sicherheitsstandards und ist gefährlich. Besonders kleine Kinder bis sieben Jahren können durch Bänder und Schnüre stranguliert werden. Zu diesem alarmierenden Ergebnis kommt eine Marktuntersuchung in 11 EU-Mitgliedstaaten, bei der mehr als 16.000 Kleidungsstücke unter die Lupe genommen worden sind. Dabei wurden Untersuchungen sowohl im Einzelhandel als auch bei Großhändlern, Herstellern und Importeuren durchgeführt. Von 16.300 untersuchten

Kleidungsstücken haben 2188 EU-Sicherheitsstandards nicht erfüllt, davon 70 % Kleidungsstücke für Babys und Kleinkinder.

Die Pressemitteilung vom 23.03.2009 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/342&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

10. Ozon

Die bodennahen Ozonwerte sind in der EU rückläufig. Nach einem Bericht der europäischen Umweltagentur wurde 2009 der kritische Schwellenwert von 180 Mikrogramm pro Kubikmeter (ug/m³) nur noch von einem Fünftel der Messstationen überschritten; 2007 waren es noch ein Drittel der 2000 Messstationen, die den Schwellenwert übertrafen. Der Rückgang ist die Folge der Reduktion von Ozonvorläufersubstanzen.

Der Bericht (Englisch / 49 Seiten) unter

<http://www.eea.europa.eu/publications/air-pollution-by-ozone-across-europe-during-summer-2009>

11. Wasserqualität

Die Nitratwerte in den Gewässern der EU sind rückläufig. Ein Kommissionsbericht über die Umsetzung der Nitratrichtlinie lässt eine Tendenz hin zu stabilen bzw. sinkenden Nitratkonzentrationen in der EU erkennen. Mit der Nitratrichtlinie soll die Verschmutzung von Grundwasser und Oberflächengewässern durch Nitrate aus landwirtschaftlichen Quellen verhindert und die Wasserqualität verbessert werden. Im Zeitraum 2004 bis 2007 sind die Nitratkonzentrationen in Oberflächengewässern (Flüsse, Seen und Kanäle) bei 70 % der Überwachungsstationen stabil geblieben oder zurückgegangen. Bei 66 % der Überwachungsstationen für das Grundwasser ist die Wasserqualität stabil geblieben oder hat sich verbessert. So ging in Deutschland und Österreich die Zahl der erhöhten Messwerte im Grundwasser (über 50 mg/Liter) zurück. Trotz dieser ermutigenden Entwicklungen zeigt der Bericht jedoch auch eine Reihe von Regionen mit besorgniserregenden Nitratwerten auf, u. a. in England und in Frankreich. In dem Kommissionsbericht für den Zeitraum 2004-2007 werden daher weitere Anstrengungen zur Einhaltung der Wasserqualitätsnormen gefordert.

Die Überwachung der Wasserqualität wird durch Überwachungsnetzwerke für Grundwasser, Oberflächen- und Meeresgewässer gewährleistet. Derzeit gibt es 58.000 solcher Messstationen. EU-weit werden mehr als 300 Aktionsprogramme zum Schutz der Gewässer durchgeführt. Zu den Maßnahmen gehören Perioden mit Düngeverbot, Mindestlagerkapazitäten für Dung und Vorschriften zur Kontrolle der Nährstoffausbringung in der Nähe von Gewässern oder an Hängen, um das Kontaminationsrisiko zu verringern.

Der Bericht vom 09. 02. 2010 (z. Zt. nur Englisch, Text in Deutsch angekündigt) unter

http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/pdf/com_2010_47.pdf

Die Pressemitteilung der Kommission vom 11. 02. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/154&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

12. Energiepolitik

Was erwartet die EU-Politik von den lokalen Energieunternehmen? Das ist das Thema einer Grundsatzrede des neuen Energiekommissars Oettinger am 28./29. April in Brüssel. Die Rede ist der Auftakt eines Kongresses zur europäischen Energiepolitik, auf dem Spitzenvertreter des Europäischen Parlaments mit Vertretern lokaler Energieunternehmen strategische Perspektiven erörtern und u. a. folgende Fragen zur Aussprache stehen: Welche Erwartungen hat die EU-Politik an kommunale Energieunternehmen? Welches sind die neuesten Projekte von kleinen und großen kommunalen Energieunternehmen als Antwort auf die vielfältigen Aufforderungen des neuen Marktumfelds und den ehrgeizigen Zielen der europäischen Umweltpolitik?

Weitere Einzelheiten unter

http://www.vku.de/vkuGips/attachments/100428-29_CEDEC.pdf

Vorläufige Tagesordnung unter

http://www.vku.de/vkuGips/attachments/Programm_CEDEC_Congress.pdf

13. Elektroauto

In die Entwicklung von Elektroautos kommt Bewegung. Die spanische Präsidentschaft bereitet für Mai 2010 einen Aktionsplan zur Markteinführung von Elektroautos vor. Diese Initiative wird auch von den EU-Forschungsministern unterstützt. Damit sollen der europäischen Autoindustrie Wettbewerbsvorteile im Rennen gegen die USA, China und Japan verschafft werden. Ziel ist es u. a., durch Normung von Fahrzeug- und Ladekomponenten die Herstellungskosten zu senken und die Kompatibilität innerhalb des europäischen Markts zu gewährleisten. Für die Reichweite der Elektrofahrzeuge ist es insbesondere von zentraler Bedeutung, dass die Akkutechnologie weiterentwickelt, ein leistungsfähiges Aufladenetz geschaffen und die Ladezeiten deutlich verringert werden.

Parallel zur spanischen Initiative haben sich Deutschland und Frankreich auf einen einheitlichen Standard für Elektroautos verständigt. Dazu gehören u. a. eine einheitliche Steckverbindung, ein intelligentes Lademanagement und Abrechnungssystem, das grenzüberschreitendes Laden und Abrechnen ermöglicht. Als nächster Schritt sollen in einem Flottentest die Anforderungen auf ihre Praxis-tauglichkeit hin geprüft werden. In einem gemeinsamen Positionspapier werden die laufenden Normungs- und Standardisierungsvorhaben dargestellt und konkrete Empfehlungen zu technischen Lösungen und zum Ausbau der Infrastruktur gegeben.

Das Diskussionspapier der spanischen Präsidentschaft (Englisch, 8 Seiten) unter

<http://www.euractiv.com/sites/all/euractiv/files/201002ESpresidencyEVPaper.pdf>

Das deutsch/französische Positionspapier (Englisch 4 Seiten) unter

http://www.vda.de/de/publikationen/publikationen_downloads/detail.php?id=727

14. Umweltprofil von Produkten

Die Kommission plant einen Leitfaden zur Bewertung der Umweltauswirkungen von Produkten. Damit soll den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik eine Hilfestellung für umweltfreundlichere Lösungen für Waren und Dienstleistungen an die Hand gegeben werden. Das zu erarbeitende Konzept soll die ganze Palette von Einflüssen während des Lebenszyklus eines Produktes berücksichtigen –

angefangen von der Entnahme der natürlichen Rohstoffe über die Herstellung, die Verteilung und die Verwendung bis hin zu Wiederverwendung, Recycling und der Entsorgung von Restabfall.

Pressemitteilung der Kommission vom 12. 03. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/273&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

15. Solarien

Jede siebte Sonnenbank überschreitet die Sicherheitsgrenzwerte für UV-Strahlen. Das ist das Ergebnis einer EU-Marktstudie über Sonnenbänke und Sonnenstudios, bei der in 10 Mitgliedstaaten mehr als 500 Sonnenbänke an über 300 Standorten überprüft worden sind. Defizite wurden insbesondere in folgenden Bereichen festgestellt:

- Jede siebte Sonnenbank in einem Solarium überschreitet die Grenzwerte für UV-Strahlung;
- die Verbraucher werden nicht immer ausreichend über die Gefahren wie Sonnenbrand oder das langfristige Hautkrebsrisiko informiert;
- Minderjährigen wird der Besuch im Sonnenstudio nicht immer verweigert (Sonnenstudioverbot);
- auf den Sonnenbänken selbst sind nur unzureichende Warnhinweise angebracht.

Nun sollen in einem Folgeprojekt in zwölf Mitgliedstaaten mehr Inspektoren ausgebildet und die Verbraucherinformationen verbessert werden. Des Weiteren soll die Industrie unterstützt werden, die Schulungsmaterial und einen Verhaltenskodex für Sonnenstudios sowie Informationsmaterial vor allem für junge Verbraucher ausarbeiten will. Schon im November 2008 hatte das Bundesamt für Strahlenschutz ein vernichtendes Urteil über Solarien gefällt und gefordert, dass die Solarien per Gesetz zur Einhaltung der Vorschriften gezwungen werden müssen. Anlass war das Ergebnis einer Überprüfung, wonach nur 4 von 100 zertifizierten Solarien die Kriterien des Bundesamtes umgesetzt hatten.

Pressemitteilung der Kommission vom 12. 02. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/158&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Pressemitteilung des Bundesamts für Strahlenschutz vom 25. 11. 2008 unter

<http://www.bfs.de/de/bfs/presse/pr08/pr0822.html>

16. Nachhaltigkeitsbarometer

Frankreich plant ein Nachhaltigkeitsbarometer. Damit sollen Regierung, Parlament, Kommunen, Unternehmen und interessierte Bürger über nachhaltige Entwicklungen in Frankreich informiert und Nachhaltigkeitsinitiativen unterstützt werden. Mit dem Barometer soll vor allem auch die geplante nationale Nachhaltigkeitsstrategie jährlich evaluiert werden können. Das Barometer setzt sich aus insgesamt 49 Indikatoren zusammen, u. a. Klimawandel, saubere Energien, umweltgerechte Mobilität und Artenvielfalt. Pressemitteilung vom 20. 01. 2010 (Französisch, 8 Seiten) unter

http://www.conseil-economique-et-social.fr/presidence/manifestation/20100120_%20communiqu%C3%A9_de_presse.pdf

17. E-Mail-Müll

95 % aller verschickten Mails sind Müll. Das ist das Ergebnis des 3. Spamberichts der europäischen Agentur für Internetsicherheit (ENISA). Der E-Mail-Müll verstopft die weltweiten Datennetze. Von 100 verschickten Mails sortieren E-Mail-Anbieter bereits 80 als offensichtliche Werbemails aus. Von den verbliebenen 20 Mails sind 15 immer noch unerwünscht und landen meist im Spamordner. Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) weist darauf hin, dass die Spammails in aller Regel von sog. Bot-Netzen verschickt werden. Unter dieser Kurzform von "Roboter-Netzwerk" versteht man einen Verbund infizierter PCs im Internet, die zentral ferngesteuert werden. Die Nutzer der infizierten Computer wissen oft nicht, dass ihr Rechner Teil eines Bot-Netzes ist. BITKOM hat die neusten Untersuchungen von ENISA zum Anlass genommen, Tipps zur Vorbeugung gegen Spam zu veröffentlichen, u. a.

- Ungewöhnliche Adresse wählen - z.B. Max.Mustermann81@provider-xy.de statt Max.Mustermann@provider-xy.de.
- Zweitadresse anlegen - eine für offizielle Anlässe und den Kontakt mit Freunden oder Kollegen, die andere für Communitys, Onlineportale und Chats.
- E-Mail-Adresse im Web kodieren - also [Max.Mustermann\[at\]provider-xy.de](mailto:Max.Mustermann[at]provider-xy.de) statt Max.Mustermann@provider-xy.de.
- E-Mail-Adresse in Communitys verbergen.
- Spamfilter des E-Mail-Anbieters nutzen - allerdings: Je strikter die Einstellungen, umso eher kann auch eine erwünschte Mail versehentlich im Spamordner landen.
- Nie auf erhaltene Spammails antworten - auf keinen Fall darin enthaltene Links anklicken, Anhänge öffnen oder auf die Mail antworten.
- Blindkopien verschicken – wer Mails an mehrere Personen verschickt, kann die Adressen im Feld "BCC" des Mailprogramms eingeben.

Pressemitteilung von BITKOM vom 14. 02. 2010

http://www.bitkom.org/62462_62435.aspx

Pressemitteilung von enisa zur Spamumfrage 2009 unter

<http://www.enisa.europa.eu/media/press-releases/prs-in-german/spam21012010de>

18. Migrationshintergrund

2008 hatten 15,6 der insgesamt 82,1 Millionen Einwohner Deutschlands einen Migrationshintergrund. Das heißt, 19 % der Bevölkerung sind seit 1950 nach Deutschland zugewandert oder Nachkommen von Zugewanderten (2007: 18,7 %, 2005: 18,3 %). Von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund waren 2008 etwa 7,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländer (8,9 % der Bevölkerung) und 8,3 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund (10,1 % der Bevölkerung). Europa ist für die Migration in Deutschland quantitativ besonders bedeutsam: Es stellt 78,0 % der 14,3 Millionen nach ihren Wurzeln zuordenbaren Menschen mit Migrationshintergrund. Aus den 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union kommen 33,8 %.

Die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 26. 01. 2010 unter

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/01/PD10_033_122,templateId=renderPrint.psm

19. Notruf 112

Der europaweite Notruf 112 ist noch weitgehend unbekannt; Deutschland gehört zu den Schlusslichtern. Drei Viertel der EU-Bürger wissen immer noch nicht, dass sie in ihrem Heimatland oder auf Reisen in der EU im Notfall die 112 wählen können, um die Polizei, Feuerwehr oder einen medizinischen Dienst zu erreichen. Das ergab die neueste Eurobarometerumfrage. Gut informiert sind die Tschechen (61 %), Luxemburger (59 %) und Polen (56 %), weit unter dem EU-Durchschnitt von 25 % der Wissenden landen Italien (4 %), Griechenland (7 %) und England (8 %), Deutschland mit 18 % gehört zu den Schlusslichtern, während Österreich mit 31 % zum guten Mittelfeld der Wissenden gehört.

Allgemeines zum Notruf 112 unter

http://ec.europa.eu/information_society/activities/112/index_de.htm

Eurobarometer Februar 2010 (Englisch 100 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/information_society/activities/112/docs/survey_2010.pdf

Pressemitteilung der Kommission vom 11. 02. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/151&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Wilhelmstraße 60, Zi. 0.61 10117 Berlin / Telefon +49-30-22775974 / Telefax +49-30-22776958